

Forderungen des Landesjugendringes Rheinland-Pfalz zur Landtagswahl 2021

Bedarfsgerechte Förderung der Jugendarbeit/Jugendverbandsarbeit und verbesserte Bedingungen für ehrenamtliches Engagement!

Der zweite Kinder- und Jugendbericht Rheinland-Pfalz machen deutlich, dass bedarfsgerechte Angebote für junge Menschen in der außerschulischen Jugendarbeit/Jugendverbandsarbeit nach wie vor nicht ausreichen. Zwar machen diese Leistungen rund 6% der gesamten Jugendhilfe aus, jedoch stehen dem lediglich ca. 3% der Gesamtausgaben gegenüber.

- **Wir fordern** daher, den Bereich Jugendarbeit/Jugendverbandsarbeit zunächst mit mind. 5% der Ausgaben der Jugendhilfe auszustatten. Dabei sollte das Ziel sein, über eine flächendeckende Regelförderung – vor allem für Fachpersonal – nachhaltige und bedarfsgerechte Strukturen für Jugendarbeit/Jugendverbandarbeit zu schaffen.

Junge Menschen stellen in Rheinland-Pfalz zwar den größten Anteil der ehrenamtlich Engagierten, allerdings findet dieses Engagement unter dringend verbesserungswürdigen Bedingungen statt. Zwar ist eine Freistellung für ehrenamtliches Engagement von Arbeit und Ausbildung für bis zu 10 Tage über das Landesgesetz möglich, allerdings unter erheblichen finanziellen Einbußen, z.B. durch Wegfall von Gehalts- und Sozialleistungen.

- **Wir fordern** eine Erneuerung des Landesgesetzes zur Stärkung des Ehrenamtes in der Jugendarbeit mit dem Ziel eines vollen Lohnausgleiches für die freigestellte Zeit, für ein Ehrenamt, ohne finanzielle Nachteile.

Wer Jugendliche respektiert, beteiligt sie – wirksam!

Als Teil dieser Gesellschaft verdienen Jugendliche, Respekt und Begegnung auf Augenhöhe. Sie haben das Recht, über ihre Lebenswelt und ihre Zukunft mitzubestimmen – nicht nur, wenn es um Freizeitanlagen in ihren Städten und Dörfern geht.

- **Wir fordern** daher angemessene Beteiligungsformen für Jugendliche vor Ort. Um dies flächendeckend sicherstellen zu können, wird §16c der Gemeindeordnung in eine „Muss-Vorschrift“ geändert. Dabei darf es sich jedoch nicht um „Scheinbeteiligung“ handeln. Darüber hinaus kann ein Zertifikat „Jugendfreundliche Kommune“ als Anreiz dienen.
- **Wir fordern** das Wahlalter für Kommunal- und Landtagswahlen auf 16 Jahre zu senken, da die Teilnahme an demokratischen Wahlen die wirksamste Form der Teilhabe ist.

Haltung zeigen gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Die aktuellen, gesellschaftlichen Entwicklungen stellen eine wachsende Herausforderung für die Gesellschaft dar. Diskriminierende und menschenfeindliche Ideologien sind eine Bedrohung für die Demokratie, weil sie unsere Grundwerte angreifen und Menschen daran hindern wollen, ihre Rechte wahrzunehmen. Sie sind unvereinbar mit den jugendpolitischen Zielsetzungen und dem Menschenbild der Verbände im Landesjugendring.

- **Wir fordern** die Parteien auf, sich von jeder möglichen Zusammenarbeit mit menschenfeindlichen Gruppierungen klar zu distanzieren.
- **Wir fordern** die Landespolitiker*innen auf, zivilgesellschaftliche Institution in ihrem Kampf für ein lebendiges, demokratisches Zusammenleben in allen Bereichen der Gesellschaft und gegen diskriminierende Strukturen weiterhin zu unterstützen.
- **Wir fordern**, dass Menschen, die gegen Hass und Hetze Haltung zeigen, unterstützt werden und Angriffe auf sie konsequent verfolgt und geahndet werden.

Mehr Ressourcen für Politische Bildung und Demokratiebildung für Kinder und Jugendliche!

Wir machen uns stark für Vielfalt und Offenheit und stellen uns Rassismus, Sexismus, Antisemitismus, und anderen Formen der Ausgrenzung entgegen. Um sich gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit einsetzen zu können, brauchen Träger der Jugendarbeit, Ressourcen und Unterstützung in einer starken Zivilgesellschaft, die sich nachhaltig für Toleranz und ein friedliches Miteinander einsetzt.

- **Wir fordern** eine schrittweise, jährliche Erhöhung der Tagesfördersätze für Maßnahmen der politischen Jugendbildung sowie Schulung Ehrenamtlicher in der Jugend(verbands)arbeit um jeweils einen Euro, beginnend mit 8 Euro pro Tag und Teilnehmende und vorläufig endend mit 10 Euro im Jahr 2022.
- **Wir fordern** die Stärkung der politischen Bildung, der Gedenkarbeit und des Netzwerkes für Demokratie und Courage e.V.. Um konstruktiv am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können, ist es notwendig, Haltung zu entwickeln und zu zeigen.

Mobilität – ökologisch und jugendgerecht!

Junge Menschen haben ein steigendes Interesse daran, sich nachhaltig fortzubewegen. Zudem wird von ihnen eine hohe Mobilität erwartet, um zu weiterführenden Schulen, Berufsschulen oder Ausbildungsstätten zu gelangen. Allerdings verfügen sie seltener über einen Führerschein und/oder ein eigenes Auto, obwohl insbesondere im ländlich geprägten Rheinland-Pfalz oft größere Distanzen zurückgelegt werden müssen. Darüber hinaus muss es die Möglichkeit geben, zum Verein oder Jugendclub mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu gelangen und den Nachhauseweg sicher zu bestreiten. Dazu gehören der Ausbau und die Beleuchtung der Fahrradwege und Bushaltestellen, die kostenlose Fahrradmitnahme in Bus & Bahn, Haltestellen und Fahrzeuge, die barrierefrei sind, mit frei zugänglichem WLAN und der Einsatz von mehr Nachtbussen, auch in ländlichen Regionen.

- **Wir fordern** ein kostenloses Bildungsticket in Rheinland-Pfalz für junge Menschen, Auszubildende, Schüler*innen, Freiwilligendienstleistende und Juleica-Inhaber*innen.
- **Wir fordern** den Umbau der Mobilität auch nach den Bedürfnissen Jugendlicher auszurichten. Wir möchten mit einem langfristig kostenlosen und gut ausgebauten ÖPNV jungen Menschen ermöglichen, flächendeckend und ökologisch mobil zu sein.

Klimaschutz und Klimagerechtigkeit – unser aller Zukunft schützen

Der Klimawandel ist eine der zentralen Herausforderungen unserer Zeit, denn reine Luft, sauberes Wasser, fruchtbare Böden und die Tier- und Pflanzenvielfalt sind die Grundlage jeden Lebens. Die dramatisch voranschreitenden Klimaveränderungen bedrohen die Lebensgrundlage von Millionen. Sie führen zu mehr

Armut, einer stärkeren Marginalisierung von Menschen, mehr Flucht – und in der Folge zu mehr Konflikten, um lebensnotwendige Ressourcen und der Zunahme nationalistischer Tendenzen. Unsere Verantwortung endet aber nicht an Landesgrenzen. Wir setzen uns dafür ein, Wirtschaft und Gesellschaft so umzubauen, dass sie wirklich klimaneutral, ökologisch und sozial werden, hin zu neuen Produktions- und Lebensweisen – frei von fossilen Energien, ohne Ausbeutung von Mensch und Natur.

- **Wir fordern** die Politiker*innen auf, sich zu den 17 Zielen nachhaltiger Entwicklung zu bekennen und sich für deren Umsetzung in allen gesellschaftlichen Bereichen einzusetzen.
- **Wir fordern** die Politiker*innen auf, bei ihren Entscheidungen auch immer die weltweiten Konsequenzen zu berücksichtigen.

Jugend ist digital. Rheinland-Pfalz muss es schnellstmöglich werden!

Jugendliche sind im Netz zu Hause. Um Politik als lebensnah, relevant und gestaltbar erleben zu können, brauchen Jugendliche digitale Zugänge zu Kommunen und Verwaltung. Jugendliche, die in ländlichen Regionen leben, können aufgrund fehlender digitaler Infrastruktur nicht auf ihnen angemessene Weise am Fortschritt partizipieren. Auch Bildung und Weiterbildung findet zukünftig zunehmend digital statt. Allerdings fehlt vor Ort häufig die Erfahrung im Umgang mit Technik, was dazu führt, dass Klassensätze von Tablets ungenutzt bleiben oder das Smartboard nicht eingesetzt wird.

- **Wir fordern** daher mehr Unterstützung für die Kommunen, um den Breitbandausbau und die Netzabdeckung voranzutreiben.
- **Wir fordern** ein klares Monitoring im Bildungsbereich, damit die aus dem Digitalpakt bereitgestellten Gelder zielgerichtet eingesetzt werden und tatsächlich der Jugend dienen.
- **Wir fordern** eine intensivere Wahrnehmung und deutliche Anerkennung der digitalen Kommunikation als echte Kommunikation Jugendlicher.
- **Wir fordern** den Ausbau der digitalen und virtuellen politischen Partizipations- und Mitbestimmungsmöglichkeiten, um Jugendlichen auf Augenhöhe und in ihren Räumen zu begegnen.